

Wie viel Kommune brauchen wir? -

Kommunale Daseinsvorsorge im Wandel

Rede von Oberbürgermeister Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, zur SGK-Fachkonferenz „Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge“ am 23./24.März 2007 in Mannheim

Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ansprache ist mit Bedacht gewählt, denn die SGK ist auch ein Teil der SPD. Ich möchte die heutige Gelegenheit gerne nutzen, um als Sozialdemokrat einige Fragen anzusprechen, die meines Erachtens in der SPD diskutiert und stärker nach außen getragen werden sollten. Aber ich bin mir bewusst, dass auch Gäste aus der Wirtschaft anwesend sind und kompetente Aussagen über die Zukunft der Daseinsvorsorge wünschen.

Was ist Daseinsvorsorge?

In der Einleitung ist schon gesagt worden, dass die Definition gar nicht so klar ist. Das fällt mir in den letzten Wochen verstärkt auf. Beispielsweise wird die gesamte Debatte über Kinderkrippen und Kinderbetreuung auch unter dem Stichwort Daseinsvorsorge verhandelt, so dass man eigentlich alle kommunalen Leistungen – vom Spielplatz, der Krippe, dem Kindergarten, dem kommunalen Schulbau bis zum kommunalen Altenheim oder Friedhof – der Daseinsvorsorge zurechnen kann.

In der praktischen Diskussion hat sich aber mehr herausgeschält, dass man die kommunale Wirtschaft, also alle wirtschaftliche Betätigung von Kommunen mit diesem Begriff erfasst. Ich empfehle hier mal Klarheit herzustellen. Sprachlich ist sicherlich beides zulässig, nur sollte es in unseren Programmen und unseren Aussagen nicht selber wie Kraut und Rüben durcheinandergehen. Ich werde mich also auf den engeren Begriff, der die kommunale Wirtschaft, die Betriebe und Werke der Städte und Gemeinden im Auge hat, konzentrieren.

Müssen die Städte schlanker werden?

Die Frage, die mir gestellt worden ist, lautet zunächst: Wie viel Kommune brauchen wir? Da schwingt ja mit, dass immer mehr kommunale Betätigung in Zweifel gezogen wird, und zwar vor allem von Vertretern der Wirtschaft, die gerne bestimmte Geschäftsfelder übernehmen würden, aber auch von Ordnungspolitikern, denen man in den Wirtschaftsredaktionen der deutschen Presse fast noch zahlreicher begegnet als in Arbeitgeberverbänden oder in Parlamenten. Dort ist es fast schon ein Dogma zu sagen: *Die Städte müssen sich verschlanken. Sie müssen alles abgeben, was Private irgendwie auch erledigen können. Jede Privatisierung ist ein Fortschritt. Privat vor Staat*, die nordrhein-westfälische Gesetzgebung ist ein Kind dieses Geistes.

Das ist derzeit der Mainstream der Debatte, wie sie von Stiftungen geführt wird und in Wirtschaftsseiten der deutschen Presse. Ich möchte dem ein knallhartes *Kontra* entgegensetzen. Ich kenne aus der tagtäglichen Beschäftigung mit der Bürgerschaft, mit der Lektüre von Bürgerbriefen nur die gegenteilige Meinung, aber sie kommt in Teilen unseres politischen Lebens und in der Wirtschaftspresse überhaupt nicht vor. Ich kenne nur die Auffassung, die sicherlich manchmal sogar überzogen sein mag, auf jedes neue Problem möge die Kommune Antworten geben, mit zusätzlichen Hilfsangeboten und Einrichtungen reagieren. Die Bürgerschaft verlangt bei jedem erdenklichen Anlass *mehr Stadt* und noch kein einziges mal *weniger Stadt*. Und die Verschlinkung ist überhaupt kein Wert an sich, aber in der ideologisch geführten ordnungspolitischen Debatte wird das Gegenteil behauptet. Obwohl sich die Mehrheiten für mehr städtische Leistungen und Angebote auf mindestens eine Zweidrittelmehrheit der Gesellschaft stützen dürften, so meine Beobachtung, die auch durch viele Bürgerentscheide inzwischen bestätigt worden ist, befindet sich die Privatisierungswelle auf dem Vormarsch und die kommunale Daseinsvorsorge unverständlicherweise in der Defensive.

Beispiel Kinderbetreuung

Lassen Sie mich kurz ein aktuelles Beispiel nehmen, das zeigt, wie die Bundespolitik gelegentlich in kommunalen Fragen herumwütet. Ich nehme ein ganz populäres Beispiel, leuchte es aber unter einem bestimmten Aspekt aus: die Kinderbetreuung.

Wir hatten in der vergangenen Amtsperiode des Bundestages die Forderung der CDU-Ministerpräsidenten, dass sich der Bund bitteschön nie mehr mit den Kommunen gemein machen möge, wie er es mit der Förderung der Ganztagsangebote gemacht hat. Das hat den Herren nicht gepasst. Die Reaktion war eine Grundgesetzänderung, die es dem Bund verbietet, den Kommunen Geld zu geben und Aufgaben zu übertragen. Das wurde dann sogar noch als „kommunalfreundlich“ verkauft: *Jetzt kann den Kommunen nichts mehr aufgebürdet werden.*

Die Gesetzesdrucke waren noch nicht verteilt und die Kommentare zur neuen Verfassungslage noch nicht gedruckt, da begann die große Debatte: Wie kann der Bund die kommunalen Kinderangebote fördern, aufstocken, ja sogar erzwingen, dass es einen gesetzlichen Anspruch gibt? Dieselbe CDU, die in die Verfassung hineingeschrieben hat, dass der Bund so was überhaupt nicht tun darf, präsentiert eine Familienministerin mit dem Versprechen 500.000 neuer Kinderbetreuungsplätze, einer Verdreifachung des kommunalen Angebots also. Aber weil ja die Verfassung verbietet, dass der Bund den Kommunen Geld gibt, braucht sie sich offenbar über die Finanzierung auch keine Gedanken zu machen.

Der Bund braucht die Kommunen !

Das halte ich für einen Umgang mit den Kommunen, der nicht hinnehmbar ist. Was jetzt in Berlin immer wieder stattfindet, ist wirklich grotesk. Man wird mal von diesem und mal von jenem Minister eingeladen, um gemeinsam konstruktiv darüber nachzudenken, wie sich die eben erst beschlossene Verfassungsänderung gemeinsam, solidarisch umgehen ließe. Da lädt z.B. die Familienministerin ein, um darüber nachzudenken, wie man den Kommunen doch Geld zustecken kann, das sie

ja dringend brauchen, um die Versprechungen der Bundesregierung, die schon mal in die Welt gesetzt worden sind, auch tatsächlich erfüllen zu können. Dann aber lädt die Kanzlerin selber ins Kanzleramt zu einem Migrationsgipfel ein und verkündet, dass Spracherziehung und nachqualifizierende Ausbildung das größte gemeinsame Anliegen der Integrationspolitik sind, nur muss dazu der Bund den Kommunen Geld zukommen lassen. Und dann lädt unser Genosse Tiefensee ein, um ein Bund-, Länder- und Kommunenprogramm für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude aufzulegen. Einziges Problem: Da muss ich dann mit meinem Rechtsaufsichtsminister Beckstein gemeinsam nachgrübeln, wie umgehen wir die Verfassungslage, die Zahlungen des Bundes an die Kommunen verbietet? Wir wollen sie aber doch noch in diesem Jahr zustande bringen.

Ich mache hier Schluss mit dem Zwischenergebnis: Der Bund möge sich bitte in Zukunft von Anfang an und sogar bei der Formulierung der Verfassung klar sein, dass er die Kommunen braucht, und sollte sich nicht selber verbieten, was er gerade plant und vor hat, um die größten gesellschaftspolitischen Aufgaben zu bewältigen, die er so beherzt anpacken möchte.

Das ist nämlich meine pauschale Antwort auf die Frage, *wie viel Kommune brauchen wir*. Eine abschließende, immer richtige Antwort wird es nie geben. Es wird sich immer nach gesellschaftlichem Problemdruck und nach Haushaltslage unterscheiden. Aber wir brauchen auf jeden Fall mehr Kommune als es gegenwärtig gibt und keineswegs weniger.

Demographischer Wandel erfordert zusätzliche Anstrengungen

Ich will es am Beispiel des demographischen Wandels erläutern, weil in diesem Zusammenhang von der Unionsseite das allerdreisteste Wort gesprochen wurde. Die Bundestagsfraktion der Union hat erklärt, *man könne ja für die Finanzierung der Kinderbetreuung die demographischen Ersparnisse heranziehen*. Und wenn man fragt, was „demographische Ersparnisse“ sind, sagen sie: *Na ja, es gibt weniger Kinder. Deswegen braucht ihr weniger Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit diesen Ersparnissen könnt ihr dann mehr Kinderbetreuungseinrichtungen finanzieren*. Das

ist wirklich kabarettreif, geht aber bei den Abendnachrichten glatt durch, als ob es logisch wäre. Die Wahrheit ist, dass es natürlich Orte mit sinkenden Kinderzahlen gibt, in denen sogar Betreuungseinrichtungen geschlossen werden. Aber die sind so strukturschwach, dass sie vor Finanznot ächzen und schon seit langem von Kassenkrediten leben. Die Erwartung, dass die aus irgendwelchen Überschüssen des demographischen Wandels jetzt Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen, die gar nicht benötigt werden, ist doch absurd.

Die Mehrzahl der Kommunen sieht sich durch den demographischen Wandel bestürzenden Mehrausgaben gegenüber. Die Sozialpolitik muss praktisch eine neue Generation von Anspruchstellern ins Kalkül ziehen, muss Altenservicezentren, ambulante Dienste bereitstellen, um Jahrzehnte des Rentenalters bewältigen zu helfen, was es früher als Aufgabe in dieser Form nicht gegeben hat. Und wo der demographische Wandel die Zahlen rückläufig werden lässt, wie bei den Kindern, da verlangt man uns ja auch zusätzliche Anstrengungen ab, damit wir ein kinderfreundliches Klima schaffen und die negativen Zahlen ins Positive umkehren. Das heißt, die Kommunen müssen mehr leisten für die Alten, weil die Alten immer mehr werden. Sie müssen aber auch mehr Angebote für die Kinder machen, weil die Kinder immer weniger werden und wir deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erst durch Zusatzangebote wieder herbeiführen müssen.

Privatisierungswelle – die Lösung?

Hier von demographischen Ersparnissen zu reden, zeugt von abgrundtiefer Unkenntnis. Und bei dieser Springflut neuer Erwartungen an die Kommunen – von der Kinderbetreuung bis zu Altenangeboten und zwischendrin natürlich zusätzlichen Integrationsangeboten für die Migrationsströme – von einer *Verschlinkung*, von einem *Wunsch nach weniger Stadt* zu sprechen, ist schlichtweg realitätsfremd.

Wenn ich jetzt aber den Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge auf die kommunale Wirtschaft einenge, dann haben wir vor allem eine Auseinandersetzung mit der Liberalisierungs- und Privatisierungswelle, die über das Land zu gehen scheint. Dabei räume ich ein, dass wir verschiedene Bereiche detailliert, differenziert

behandeln müssen. Die Liberalisierung beim Strom ist geschehen und beim Gas beschlossene Sache. Es wäre weltfremd, sich dem verschließen zu wollen. Hier haben wir als Kommune nur noch eine Aufgabe und eine Chance, nämlich konkurrenzfähig zu sein oder bitteschön gefälligst zu werden, wenn wir es noch nicht sind. Hier wird uns Modernisierung abverlangt und nichts anderes. Wer etwa unter dem Eindruck örtlicher Gewerkschaften glaubt, er könne noch ein paar Jährchen monopolistischen Daseins anhängen, wird vom Markt verschwinden – für die SPD eine harte Wahrheit, weil es zu unvermeidbaren Kontroversen mit strukturkonservativen Gewerkschaften führt. Aber die Alternative heißt, wenn es Wettbewerb gibt, sich als Unternehmen behaupten, das auch Arbeitsplätze aufrecht erhalten kann, oder untergehen. Die dritte Variante – weitermachen, als wäre man auch in Zukunft noch der Monopolbetrieb, der man in gemütlichen früheren Jahrzehnten gewesen ist – steht nicht zur Debatte.

Wettbewerb ja – aber bitte fair!

Politisch müssen wir allerdings eines verlangen, und das geht vor allem an die europäische Ebene: Wenn Wettbewerb, dann muss er fair sein. Dann kann nicht den Kommunalen verboten werden, was multinationale Konzerne selbstverständlich dürfen. Da halte ich die nordrhein-westfälische Gesetzgebung für einen Albtraum. Da werden den Kommunen und ihren Unternehmen engste Fesseln, Handschellen, Ketten angelegt und dann werden sie ins Wasser geworfen und man sagt, *jetzt schwimmt mal so schnell wie multinationale Konzerne* mit milliardenschweren Kriegskassen für weitere Eroberungszüge und mit Handlungsfreiheiten sogar über nationale Grenzen hinweg, während die Kommunen und ihre Betriebe nicht einmal die längst hinfällig gewordenen Ortsgrenzen überschreiten dürfen sollen. Ich glaube, dieses müssen wir bundesweit thematisieren, sonst wird ein Bundesland nach dem anderen der Privatisierungsideologie folgend die kommunalen Betriebe hintenrum durch schikanöse Eingrenzungen kaputt machen. Und dann wird man nachträglich sagen: *Ihr habt es ja am Wettbewerbsergebnis gesehen, sie können einfach nicht mit Geld umgehen.*

Gerhard Langemeyer hat schon angesprochen, dass dies vor allem für kommunale Zusammenarbeit gilt. Bei der Debatte über das Wasser gibt es ja nur einen einzigen Vorwurf an die kommunalen Betriebe, der Hand und Fuß hat, nämlich den Vorwurf, dass es zu kleinteilig ist und deshalb nicht wirtschaftlich sein kann, weil die Overheadkosten in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Gesamtkosten stehen. Einverstanden, die Zahlen sind ja wirklich irre, wie viele Betriebe der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung es gibt. Aber wenn man dies mit guten ökonomischen Gründen kritisiert, darf man doch nicht die kommunale Zusammenarbeit erschweren und verhindern, als ob es sich hier um Aufträge an Dritte handeln würde, wenn zwei Kommunen vernünftigerweise kooperieren wollen. Das müssen wir durchsetzen, sonst kann von Fairness nicht die Rede sein.

Die Konditionen im öffentlichen Sektor dürfen nicht wesentlich vom privaten Sektor abweichen

Wir haben derzeit heftige Schwierigkeiten bei den Kliniken, als ganz wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Das ist vielleicht in manchen Städten, wo es auch Universitätskliniken und schon viele gute Privathäuser gibt, gar nicht so bewusst, aber wo das öffentliche Kreiskrankenhaus auf Sicht das einzige ist, da weiß man um die Notwendigkeit von Häusern, die den Versorgungsauftrag erfüllen. Bei den Kliniken sehe ich das Problem, dass wir mit den Beschäftigten darum ringen müssen, dass die Konditionen im öffentlichen Sektor nicht grundlegend anders sein können als im privaten. Das hört sich unangenehm an und wird bei keiner Veranstaltung ertragen, sondern ausgepiffen, ist aber trotzdem wahr. Wenn wir z.B. bei sämtlichem Klinikpersonal im nichtärztlichen und nichtpflegerischen Bereich 30 oder 40 % höhere Personalkosten haben als bei Privatkliniken, mit diesen Privatkliniken aber auch in einem Preiswettbewerb und nicht nur in einem Qualitäts- und Vertrauenswettbewerb stehen, dann kann es nicht dauerhaft gut gehen. Deswegen meine ich, wir müssen diese Frage auch in den gewerkschaftlichen Raum hineinragen. Die Frage heißt wirklich, ich spitze jetzt zu, um zu zeigen, wie weh die Frage tut: Wollen die Gewerkschaften wirklich die Unternehmen, in denen sie am stärksten vertreten und am besten organisiert sind, ruinieren und von der Landkarte verschwinden lassen, weil dort das Kostenniveau sehr viel höher sein soll als bei

privaten Unternehmen, bei denen man als Gewerkschaft schwach ist und deshalb die erbärmlichsten Tarifverträge unterschreiben muss?

Ich weiß, dass der Satz schmerzhaft klingt, aber er ist wahr. Es hat mir auch noch kein Betriebsrat, bis hinauf zu Frank Bsirske, je widerlegen können. Das ist die Frage. Ich denke, dass wir mittelfristig, im Bereich weniger Jahre, schaffen müssen, dass das Kostenniveau bei öffentlichen Unternehmen ähnlich wie bei privaten ist. Wir können gerne immer die sozialere Alternative sein, aber wir können uns nicht in anderen Welten und in anderen Stockwerken aufhalten. Sonst ist dieser Wettbewerb nicht zu bestehen, geschweige denn zu gewinnen.

Wahlrecht der Kommunen beim ÖPNV

Beim Verkehr, meine Damen und Herren, hatten wir dieses Problem auch. Da gab es im vergangenen Jahr so etwas Ähnliches wie Entspannung, weil die Verkehrsrichtlinie, auf die auch gerade Wolfgang Tiefensee im Endspurt massiv Einfluss genommen hat, uns doch den Ausschreibungszwang vom Leib hält und die Möglichkeit der Direktvergabe sichert. Da droht jetzt Gefahr ausgerechnet von den Fraktionen des Parlaments, das uns in diesem ganzen Streit immer sehr viel näher stand und bei vielen Themen geholfen hat. Aber wenn jetzt ausgerechnet das Parlament, auch die sozialistische Fraktion, darauf besteht, dass Inhouse-Aufträge nur an 100-prozentig öffentliche Unternehmen gegeben werden können, dann kann das sehr wohl viele kommunale Unternehmen, die auf Druck der Marktwirtschaftsverfechter private Partner hereingenommen haben oder aus Gründen der Kostenkalkulation Fremdvergaben als integralen Bestandteil benötigen, verheerend treffen.

Es wäre zu begrüßen, wenn auch die Bundespartei dieses Thema unseren Europaparlamentariern klar machen könnte. Die Idee wäre vielleicht vor zehn oder 20 Jahren gut gemeint gewesen, als es noch die Regel war, dass öffentliche Unternehmen 100-prozentig öffentlich sind. Aber in der Zwischenzeit haben ja gerade die Rechtsaufsichtsbehörden auf die Einbeziehung von mittelständischen Busunternehmen gedrängt oder auch die Verfechter der Marktwirtschaft private

Anteile gefordert, damit es noch mal siebenjährige Konzessionen für Buslinien gibt. Jetzt zu sagen, *euer Hereinnehmen von privaten Bestandteilen wird euer Nachteil sein, ihr werdet nicht mehr Inhouse-Aufträge bekommen dürfen, sondern euch Ausschreibungen stellen müssen*, wäre eine fatale Folge. Es wäre wie das Anfangsbeispiel von der Grundgesetzänderung ein weiteres Beispiel für ein unerträgliches Hü und Hott.

Dass die höheren Ebenen innerhalb kürzester Zeit Gegensätzliches von den Kommunen erwarten, *ist* schwer zu ertragen. Wir hören ja nolens volens, dass die europäische Ebene Public Private Partnership preist. Und einige Kommunen haben sie gemacht. Dann kann man sie aber jetzt nicht an diesem Strick aufhängen. Ich hoffe, dies ist angekommen.

Städtische Wohnungsunternehmen sind unverzichtbar

Ich schließe mit dem Beispiel der Wohnungen, wo wir im vergangenen Jahr die heftigsten Auseinandersetzungen hatten. Eine Überschrift, die mich so richtig in Rage gebracht hat, war die Überschrift im Wirtschaftsteil – Sie sehen, dem gilt meine besondere Sympathie – der Süddeutschen Zeitung. Die Überschrift hieß: „*Die Städte wollen ihre Wohnungen verkaufen.*“ Da habe ich mir als Städtetagspräsident gesagt, *Herrschaftszeiten, warum sagt mir das keiner*. Wir vertreten doch über 5.000 Städte. Da ist mir diese lustvolle Neigung zur Versilberung noch nicht aufgefallen. Man kennt halt das Beispiel Dresden und weiß, dass es in Freiburg versucht worden ist – gegen den heftigen Widerstand der Bürgerschaft. Das sind dann aber auch nur zwei Städte, eine überschaubare Zahl.

Ich habe dann den Artikel mit großem Interesse gelesen. Er zeigt, mit welchen Techniken in diesem Land Stimmung gemacht wird. Es waren nicht *die* deutschen Städte, wie in der Überschrift, sondern es waren 248 handverlesene Kleinkommunen, die Pricewaterhouse & Coopers ausgewählt hatte, wahrscheinlich, weil dort schon Beratungsgespräche über Wohnungsverkäufe stattgefunden haben. Und von denen hat nur ein Drittel gesagt, dass sie verkaufen möchten, und zwar einen Teil ihrer Wohnungen. Das ist dann der Text des Artikels gewesen, aber die

Überschrift, die dann natürlich auch in den Fernsehnachrichten und sonst wo kommt als neue Zeitgeisttrendmeldung, die heißt: Wohnungen sollen verkauft werden. Die Kommunen sehen inzwischen auch Vorteile und haben es eingesehen.

Ich will bei Wohnungen nur zwei Punkte herausstellen. Es geht nicht nur um Kommunen mit erhöhter Wohnungsnachfrage wie München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf u.a. Da traut sich ja keiner ernsthaft, die Wohnungen der Stadt zu verkaufen. Ich möchte hier darlegen, dass es auch in Kommunen, in denen die Wohnungsnachfrage zur Zeit kein bedrückendes Problem ist, weil wir natürlich eine Normalisierung der Wohnungsversorgung hatten, dringend Wohnungen brauchen für viele andere Zwecke, nicht nur zur Unterbringung Wohnungsloser, sondern z.B., um vorbildlich energiesparendes Wohnen zu praktizieren. Wer macht es denn? Die städtischen Wohnungsunternehmen. Oder, um neue Lebensformen für Seniorengemeinschaften zu praktizieren. Wer macht es denn? Fast nur städtische Wohnungsgesellschaften. Oder, um Formen genossenschaftlicher Altbausanierung und Überführung in Genossenschaftseigentum zu fördern. Unsere einzigen Partner sind unsere eigenen Wohnungsbaugesellschaften. Also bitte das Thema städtische Wohnungen nicht auf Bewältigung von Wohnungsnot und Unterbringung von Wohnungslosen verkürzen, nein, diese Instrumente der Wohnungspolitik werden überall gebraucht, auch zur Bewältigung ökologischer Fragen wie Energiesparen, auch zur Bewältigung des demographischen Wandels mit neuen Wohnungs- und Lebensformen für Senioren und auch, um Integrationsmodelle vor Ort zu praktizieren. Ich weiß, dass wir da noch nicht so gut sind, wie wir sein müssten, um etwa entstehende türkische Ghettos durch Integrationsanstrengungen wieder einzufangen für die städtische Gesamtgesellschaft. Aber wenn Wohnungswirtschaft nur noch dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen wird, dann wird es schlimmer werden und keineswegs besser.

Der Parole „Privat vor Staat“ entschlossen entgegenzutreten

Und für die neuen Bundesländer gilt: Gerade in Orten mit Wohnungsüberangebot, mit bedrückenden Leerständen, wo Abbruchprogramme subventioniert werden müssen, gerade da ist es doch wichtig, dass wir es mit handlungsfähigen Partnern

auf Seiten der Wohnungswirtschaft zu tun haben und nicht mit einer Zersplitterung. Denn nach dem dritten Weiterverkauf wird ja dann doch irgendwann Endverkauf stattfinden. Und mit einer Zerklüftung der Eigentümerlandschaft ist dann ein geordnetes städtebauliches Vorgehen überhaupt nicht mehr möglich.

Mein Plädoyer heißt also: Der Privat-vor-Staat-Parole sollten wir entschlossen entgegentreten, nicht mit der Meinung, jeder kommunale Betrieb muss immer kommunal bleiben. Das soll jede Kommune selbst entscheiden und es kann Fälle der sinnvollen Privatisierung geben. Aber dass privat vor Staat richtig sei und dass sich die Kommunen verschlanken und aus vielen Geschäftsfeldern zurückziehen sollten, können wir nicht stehen lassen. Wir sollten im Auftrag der Bürgerschaft sagen, die Bürger wollen immer mehr von den Kommunen und die Kommunen sind auch in der Lage diese Bedürfnisse zu befriedigen.